

Martin Häusling, MdEP

Mitglied des Europäischen Parlaments – grüner Europaabgeordneter für Hessen, RheinlandPfalz/Saarland



Die Grünen | Europäische Freie Allianz
im Europäischen Parlament



Newsletter Juli 2015

Liebe Leserinnen und Leser,

endlich Urlaub! Wie gern verabschiedet sich jede/r von uns in die verdiente Sommerpause. Und das mit großer Zufriedenheit, wenn die geleistete Arbeit von Erfolg gekrönt war.



Von Pause kann für einige keine Rede sein: Die französischen Milchbauern, die den ruinösen Preiswettkampf in Europa nicht länger hinnehmen wollen, sind keine Störenfriede dieser wohlverdienten Ruhe. Sie fordern ein, was die Politik allen Milchbauern Europas seit Monaten schuldig ist: eine europaweite Strategie aus der Milchkrise.

Beim deutschen Agrarminister Christian Schmidt (CSU) scheint diese Erkenntnis noch nicht angekommen zu sein. Dessen Lehrmeisterei gegen ihre französischen Kollegen stößt auch hiesigen Landwirten sauer auf. Viel zu lange haben der Bauernverband und die deutsche Ernährungsindustrie auch ihnen weis gemacht, dass Wettbewerbssteigerung und Exportmarktorientierung ihre Zukunft sichern werden. Stattdessen finden sie sich jetzt in einem Dumping-Wettstreit mit ihren europäischen Kollegen wieder, der auch ihre Existenzen bedroht.

Zu Recht protestieren sie dagegen, Verlierer und Verantwortliche der Krise zugleich zu sein und fordern, dass die Krise endlich in ihrer Dimension wahrgenommen wird und eine europaweite politische Strategie nicht länger warten kann.

Ein eindrucksvolles Zeichen setzten Europas Bürger vor wenigen Tagen in einem ganz anderen Sinne: Mehr als eine halbe Millionen Menschen beteiligten sich an einer EU-weiten Kampagne, die die Kommission zum Erhalt der bestehenden, weitgehend bewährten EU-Naturschutzgesetzgebung auffordert.

Vielen Dank an alle, die sich daran beteiligt und für den Erhalt des einmaligen europaweiten Netzwerks Natura 2000 stark gemacht haben. Dennoch heißt es in diesem Herbst sehr genau hinschauen, ob die Kommission die Botschaft wirklich verstanden hat und ihre „Fitness“-Pläne für eine Zusammenlegung der Vogelschutz- und FFH-Richtlinie endgültig aufs Eis legt.

Wir bleiben dran und wünschen Ihnen und Euch bis dahin einen schönen Sommer,

Ihr/ Euer Martin Häusling

Öko-Verordnung: Europaparlament setzt im September Beratungen fort



Der EU-Agrarministerrat hat sich in seiner Sitzung am 16. Juni auf eine Position zur Revision der EU-Ökoverordnung geeinigt. Vorausgegangen waren intensive Verhandlungen, insbesondere über Sondergrenzwerte für Bio-Erzeugnisse.

Aktuell stimmt das Europaparlament seine Position ab. Am 15. Juli 2015 führte der Agrarausschuss eine erste Aussprache zu den eingereichten Änderungsanträgen zu meinem Berichtsentwurf. Aufgrund des großen Interesses an der Verordnung werden die Beratungen im September fortgesetzt.

Mehr Informationen:

- [Rede des Berichterstatters am 15.07.15 im EP-Agrarausschuss \(schriftlich\)](#)
- [Video-Aufzeichnung der Aussprache vom 15.7.15 im EU-Agrarausschusses](#)
- [Bericht Martin Häusling zur Öko-Verordnung](#)
- [Pressebriefing mit den wichtigsten Inhalten des Berichtes](#)
- Änderungsanträge zum Bericht: [Teil 1](#), [Teil 2](#), [Teil 3](#), [Teil 4](#)
- [Veranstaltung „Berichterstatter im Dialog“ mit BMEL und BÖLW am 23. Juni in Berlin](#)

Neue Reportage vorgestellt „Was steckt hinter TTIP? Eine Spurensuche“



Dieser Frage ist der Autor und Journalist Peter Kreysler genauer nachgegangen und sich auf Spurensuche nach Washington, Brüssel und Berlin begeben. Er ist dort mit Akteuren aus Politik, Wirtschaft und Wissenschaft über ihre Ansichten und Interessen zum Abkommen im Bereich Landwirtschaft und Ernährung sowie der Rolle von Schiedsgerichten, ISDS und dem Regulatorischen Rat ins Gespräch zu kommen.

Am 13. Juli 2015, dem ersten Verhandlungstag der 10. TTIP-Verhandlungsrunde, haben der Autor und ich die von mir beauftragten Publikation in Berlin vorgestellt und über Unterschiede in europäischen und amerikanischen Sicht- und Handlungsweisen, Standardsetzungen und die geplanten Regeln zu regulatorischen Kooperation diskutiert.

Mehr Informationen:

- [Reportage von Peter Kreysler im Auftrag von Martin Häusling: „Was steckt hinter TTIP? Eine Spurensuche.“](#)
- [Studie im Auftrag des Europaparlaments “ Risks and Opportunities for the EU Agri-Food Sector in a possible TTIP” Juli 2014](#)
- [Abstimmungsergebnisse und Pressemitteilung zur TTIP-Parlamentsabstimmung am 8. Juli 2015 im Europaparlament](#)
- [Berichterstattung zur Reportage](#)

Umweltausschuss des Europäischen Parlaments will für reine Luft sorgen



Am 15. Juli 2015 hat der Umweltausschuss des Europäischen Parlaments (ENVI) seine Position zur EU-Richtlinie über die Verringerung der nationalen Emissionen bestimmter Luftschadstoffe (NEC-Richtlinie) abgestimmt. Der Vorschlag soll die bisherige EU-Regelung zur jährlichen Begrenzung der nationalen Luftschadstoffemissionen ersetzen. Den einzelnen EU-Mitgliedsstaaten werden darin Einsparungsziele der Hauptproblemstoffe vorgegeben. So soll die Emission von Ammoniak, Feinstaub, Ruß, Methan, Schwermetallen, Dioxinen und weiteren Stoffe bis 2020 respektive 2030 schrittweise reduziert werden.

Wir haben uns dafür eingesetzt, auch Einsparungsziele bis 2025 zu definieren - dies wurde mit der Ausnahme von Methan und Quecksilber im ENVI angenommen. Zuvor waren in der Stellungnahme des Agrarausschusses (AGRI) zu dieser Richtlinie am 2. Juni alle Grünen Änderungsanträge abgelehnt worden (siehe Briefing unten).

Jedes Jahr sterben in der EU etwa 400 000 Menschen einen verfrühten Tod, der durch das Einatmen von Feinstaubpartikeln oder Ozon ausgelöst wird. Auch Natur und Artenvielfalt leiden unter der Luftverschmutzung. Mit der verbesserten Richtlinie könnte dem bald Einhalt geboten werden.

Ich habe mich erfolgreich dafür eingesetzt, dass auch Verfahren nachhaltiger Landwirtschaft in die nationalen Luftreinhalte-Programme aufgenommen werden. Es gibt Alternativen zur vorherrschenden industriellen Landwirtschaft, die Luft und Klima verpestet. Der Luftschadstoff Ammoniak verursacht große Probleme - er versauert den Boden, schädigt Pflanzen und Wälder und belastet das Klima. 95 Prozent der Ammoniak-Emissionen entstehen in der Landwirtschaft, vor allem in der hoch konzentrierten Tierhaltung. Deutschland überschreitet seit Jahren die erlaubten Höchstgrenzen. Mit dem heutigen Abstimmungsergebnis werden die Mitgliedsstaaten nun zu deutlichen Reduzierungen ihrer Ammoniakemissionen genötigt.

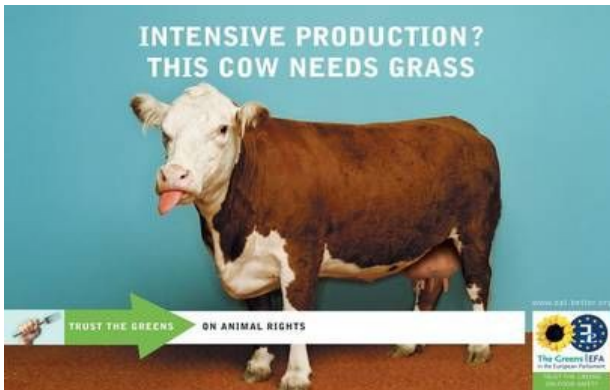
Entgegen der Empfehlungen des Agrarausschusses hat der Umweltausschuss auch ehrgeizigere Ziele zur Methanreduzierung befürwortet. Methan ist ein äußerst klimaschädliches Klimagas, das auch zur Bildung von Ozon beiträgt - ein Stoff, der das Atemsystem schädigt. Ein Drittel des freigesetzten Methans stammt direkt oder indirekt aus der Tierhaltung. Das muss nicht so sein. Es gibt sowohl technische Methoden als auch Managementmaßnahmen, die es Landwirten ermöglichen, den Methanausstoß zu reduzieren. Meine Vorschläge hierzu wurden vom Umweltausschuss weitestgehend aufgegriffen.

Das Plenum des Europäischen Parlaments wird im Oktober über die Richtlinie abstimmen. In der Vorbereitung darauf heißt es, alles zu tun, damit die vom Umweltausschuss festgelegten Methan- und Ammoniakziele nicht herausgestimmt werden.

Mehr Informationen:

- [Briefing zur NEC-Richtlinie vom 2. Juni 2015](#)
- [PM zur Abstimmung im Umweltausschuss am 15. Juli 15](#)
- [Berichterstattung: Euractiv „EU-Abgeordnete stimmte gegen eigenen Bericht“](#)

EU-Tierarzneimittelpaket: Agrarausschuss positioniert sich fortschrittlicher als gedacht



Der Agrarausschuss des Europäischen Parlaments (AGRI) hat am 14. Juli 2015 über seine Stellungnahme zur Tierarzneimittelverordnung abgestimmt (Federführend ist der Umwelt- und Gesundheitsausschuss, ENVI). Der Großteil der grünen Änderungsanträge fand dabei Aufnahme in die Position des Agrarausschusses, wie zum Beispiel die starke Einschränkung der Nutzung von Reserveantibiotika im Veterinärbereich, ein Verbot der

routinemäßigen metaphylaktischen Gabe von Antibiotika und das Verbot des Onlinehandels mit Antibiotika. In diesem überwiegend konservativ eingestellten und mit der Agrarlobby gut vernetzten Ausschuss ist dies eher selten. Die Abstimmung ist so bei aller Kritik an Teilen dieses Paketes als ein großer Erfolg für die engagierte Arbeit der Grünen zu deuten. Der Umweltausschuss verhandelt noch über den Bericht zur Tierarzneimittelverordnung.

Die Diskussionen weisen auf eine sehr viel konservativere Haltung des ENVI zum Paket hin, geprägt vor allem durch die Berichterstatteerin Gossetete (EVP). Diese hat bereits mehr Zeit verlangt, um alle strittigen Punkte in Ruhe auszudiskutieren. Die Abstimmung im Umweltausschuss wird deshalb erst am 10. November stattfinden. Bis dahin heißt es für mich, die grünen Positionen mit Nachdruck zu vertreten, um zu verhindern, dass der fertige Bericht des ENVI dann doch zum Beispiel metaphylaktische Routinebehandlung von Tieren mit Antibiotika erlaubt. Ein weiterer strittiger Punkt ist unter anderem die Umweltverträglichkeitsprüfung von Tierarzneimitteln, die wir ausbauen wollen.

Mehr Informationen:

- [Briefing zum EU-Tierarzneimittelpaket](#)
- [weiterführende Informationen zu Parlamentsberatung, Veranstaltungen, Studien etc. siehe auch Newsletter vom Mai](#)
- [EU-Agrarier wollen Antibiotika-Resistenzen vorbeugen“, topagrar vom 22.7.15](#)

Klonen: EU-Abgeordnete wollen verbindliche und strengere Regeln als Kommission



Seit Jahren sind sie EU-weite Regeln zum Klonen überfällig. Im Dezember 2013 hatte die Kommission zwei Richtlinienvorschläge vorgelegt, über die die Abgeordneten des Agrar- und Umweltausschusses am 17. Juni 2015 abstimmten.

Unser Engagement hat sich gelohnt. Die Abgeordneten votierten mehrheitlich dafür, dass die Gesetzgebung über Verordnungen statt Richtlinien

und damit europaweit verbindlich für alle Mitgliedsstaaten gelten soll, dass das Klonen von

Nutztieren und das Inverkehrbringen von Klontieren und ihren Produkten (Lebensmittel, Zuchtmaterial), auch von Nachkommen, verboten werden soll. Im September wird im Plenum über das Votum abgestimmt.

Trotz mehrfacher Beratungen hat sich der Agrarrat noch nicht positioniert. Vom Engagement der deutschen Bundesregierung, die sich in ihrem Koalitionsvertrag einem Klonverbot verschrieben hat, ist dort jedoch nichts zu spüren.

Spürbar ist jedoch der lange Schatten des geplanten Freihandelsabkommen auf das Gesetzgebungsvorhaben, das die USA im Rahmen der TTIP-Verhandlungen deutlich kritisiert hat und strikt ablehnt. Die europäische Klonesetzgebung wird somit zur Grundsatzentscheidung über handelspolitische Interessen oder die der europäischen Verbraucherinnen und Verbraucher.

Mehr Informationen:

- [PM „EU-Abgeordnete stimmen gegen Klonfood“](#), vom 17.6.15
- [PM „Novel Food: Interessen der Industrie vor Verbraucherschutz gestellt“](#) vom 22. 6. 15
- [Briefing zur geplanten EU-Klonesetzgebung](#), April 2015
- [Informationen und Grafiken der Fraktion Grüne/EFA zum Klonen](#)

Europaabgeordnete gegen „Opt-out“ für GVO-Lebens- und Futtermittel



Erinnern Sie sich noch an das Versprechen des heutigen Kommissionspräsidenten Jean-Claude Juncker, dass EU-Zulassungsverfahren für Gentechnik-Pflanzen und Produkte demokratischer und gerechter zu gestalten?

Wie versprochen, so gebrochen: Seine im April 2015 vorgelegten Vorschläge sind das Gegenteil, da sie den Flickenteppich in Europa nicht beenden, sondern sogar noch auf den Import von und Handel mit gentechnisch veränderten Lebens- und Futtermittel

ausbreiten.

Kritik gab und gibt es von allen Seiten, so dass sich die Frage stellt, ob die Vorschläge jemals für eine ernstgemeinte Beratung gedacht waren oder vielmehr nicht vielmehr dazu dienen sollten, sich eines unliebsamen Versprechens zu entledigen. Die Kommission hat bereit angekündigt, dass sie bei ihrer Ablehnung in dieser Amtsperiode keine neuen Vorschläge vorlegen werden. Das Ergebnis: Die bisherige Zulassungspraxis bleibt und über den Anbau von Gentechnik-Pflanzen in Europa wird nicht politisch, sondern „wissenschaftsbasiert“ von EFSA und Kommission entschieden. Ein Zauberwort, ganz im Sinne der TTIP-Verhandlungen.

So einhellig die Kritik an den Junckerschen Vorschlägen für ein Lebens- und Futtermittel-Opt-out, so unterschiedlich übrigens die Motive. So fürchtet der Berichterstatter des Europaparlaments Albert Deß (CSU) vielmehr eine mangelnde Verfügbarkeit von Futtermitteln für Europas Landwirte, würden GVO-Futtermittel vom Markt verbannt.

Für die im Herbst anstehenden Beratungen im Europaparlament über die Vorschläge werden wir daher alles daran setzen, eine breite inhaltliche Debatte über Motive und Zielsetzungen zu führen und Juncker an sein gebrochenes Versprechen zu erinnern.

- [Positionspapier zur Bewertung der Reformvorschläge vom 22. April 2015](#)

Agrarpolitik: „Fundamente statt Säulen“ - Vorschläge zur Neugestaltung der Gemeinsamen Europäischen Agrarpolitik (GAP)



Gemeinsam mit Robert Habeck, Minister für Energiewende, Landwirtschaft, Umwelt und Ländliche Räume in Schleswig-Holstein, habe ich ein [Positionspapier zur Neugestaltung der Gemeinsamen Europäischen Agrarpolitik \(GAP\)](#) verfasst.

Der Titel "Fundamente statt Säulen" soll bereits auf den Kernpunkt verweisen, nämlich, dass wir das bisherige Säulenmodell für überholt halten und bei einer Neuordnung der europäischen Agrarpolitik für einen alternativen Ansatz plädieren, der eine ressourcenschonende, tiergerechte und soziale Landwirtschaft fördert.

- [Positionspapier zur Neugestaltung der Gemeinsamen Europäischen Agrarpolitik \(GAP\)](#) vom 16. Juli 2015
- Artikel „[Grüne wollen Direktzahlungen an Bauern abschaffen](#)“ vom 16. Juli 2015
- [Kommentar zum Positionspapier](#) (Dr. Sebastian Lakner) vom 18.7.15

Glyphosat: Grüne fordern neue Risikobewertung

Am 29. Juli 2015 stuft die Krebsforschungsagentur (IARC) der Weltgesundheitsorganisation (WHO) Glyphosat in die zweithöchste Gefahrenstufe („wahrscheinlich krebserregend“) ein und widersprach damit der Bewertung des Bundesinstituts für Risikobewertung (BfR), das dem Total-Herbizid eine Unbedenklichkeitsbescheinigung ausgestellt hatte.

Als berichterstattender Mitgliedsstaat hatte Deutschland in der EU damit eine maßgebliche Vorentscheidung für seine Wiedertzulassung getroffen. EU-Kommission und EFSA sollten diese untaugliche Bewertung zurückschicken und eine Neubewertung einfordern, die sich nicht am europäischen Vorsorgeprinzip und nicht an den Interessen der Industrie, die mit dem Verkaufsschlagel ungeachtet der zunehmenden Bedenken Kasse machen will.

Statt die Zulassung zu verlängern, sollte die EU ein sofortiges Moratorium verhängen und seine Anwendung zur Reifebeschleunigung vor der Ernte sofort verbieten.

Auf meine Initiative wird unsere Fraktion im Europaparlament im Herbst zu einer öffentlichen Diskussion mit Wissenschaftlern und politischen Vertretern der Kommission und EFSA einladen (Einladung folgt):

Mehr Informationen:

- Focus „[WHO-Agentur: Glyphosat wahrscheinlich krebserregend](#)“ vom 30.7.15
- Bio-Markt „[Studie zu Glyphosat veröffentlicht](#)“, 30.7.15

Landraub: Nicht nur weltweit, sondern auch in Europa!



Seit Jahren belegen unzählige Studien Ausmaß, Auswirkungen, Akteure und treibende Kräfte des weltweiten Landgrabbing. Auch Europa steht dafür in der Verantwortung, die Auswirkungen politischer Entscheidungen genauer auf die weltweiten direkten und indirekten Folgen zu überprüfen und zu ändern.

Erstmalig hat das Europaparlament jetzt in einer Studie belegt, dass auch Europa in zunehmenden Umfang von spekulativen Landkäufen betroffen ist, vor allem die neuen südosteuropäischen EU-Mitgliedsstaaten.

Sie kommt zu dem Schluss, dass „Landgrabbing“ gerade auch im Zusammenhang mit anderen brennenden europäischen Landfragen eine Reform der europäischen Bodenmarktordnung

und ein Überdenken der Strukturen der Gemeinsamen Europäischen Agrarpolitik (GAP) erfordert. Großflächiger Landbesitz schadet vor allem kleineren Betrieben, die am Bodenmarkt keine Chance haben und gefährdet das in Europa angestrebte Modell der multifunktionalen Landwirtschaft statt es zu fördern.

- [Studie \(engl\)](#). Und [eigene deutsche Kurzfassung der Studie](#)
- Artikel „[Jagd nach EU-Acker](#)“ des Rates für Nachhaltige Entwicklung, 2. Juli 2015
- Süddeutsche Zeitung „[Landraub wird in Europa zum Problem](#)“ vom 17. Juni 2015

Filmpremiere „Landraub“ mit anschließender Diskussion am 21.9.15 in Berlin



Mit den Auswirkungen des weltweiten Landraub hat sich der österreichische Filmemacher Kurt Langbein in seinem neuesten Dokumentarfilm beschäftigt, der Anfang Oktober 2015 in die deutschen Kinos kommt.

Nach der Finanzkrise 2008 hat das globale Finanzkapital die Äcker der Welt als Geschäftsfeld entdeckt. Mit dem

Landraub wollen die Reichsten der Welt sich Zugriff auf die wichtigste Ressource dieser Welt sichern. Statt Bauern bestimmen dann Profitinteressen über die Böden. Der Film zeigt die Investoren und ihre Opfer. Für den Film hat der Regisseur auch Martin Häusling im Europäischen Parlament interviewt.

Am 21. September 2015 findet in Berlin die Deutschlandpremiere des Films, verbunden mit einer Podiumsdiskussion mit dem Regisseur, Martin Häusling sowie dem BÖLW-Vorstandsvorsitzender Felix Löwenstein und Ali Al-Nasani von der Heinrich Böll-Stiftung statt. Wer Interesse an der Teilnahme an der Premierenveranstaltung hat, schreibe bitte an info@martin-haeusling.de. Alle anderen können den Film ab dem 8. Oktober in deutschen Kinos anschauen.

Terminrückschau:

03.06.2015 - Tagung [Reactive nitrogen – Towards an integrated approach to protecting biodiversity](#), Veranstaltung des Landes Hessen und des deutschen Sachverständigenrates für Umwelt in Brüssel.



Im Januar 2015 hat der Sachverständigenrat der Bundesregierung für Umwelt den Bericht "[Stickstoff - Lösungsstrategien für ein drängendes Umweltproblem](#)" herausgegeben, der sehr klar zeigt, dass die Stickstoffüberbelastung unserer Umwelt unter anderem auch eindeutig nachteilige Effekte auf die biologische Vielfalt hat. Auf der Veranstaltung in der Landesvertretung Hessen in Brüssel

haben wir die Schlussfolgerungen des Berichtes für die auf EU Ebene zur Zeit diskutierte Umsetzung des 7. Umweltaktionsprogramms, die bessere Umsetzung der Wasserrahmenrichtlinie und die sich in der Parlamentsabstimmung befindliche Richtlinie für sauberere Luft (NEC) diskutiert.

05.06.2015 - [Kirchentag: Podiumsdiskussion „TTIP und die transatlantische Wertegemeinschaft“](#) Stuttgart.



Nachdem eine Halle mit fast 1000 Menschen Sigmar Gabriel mit „Stopp TTIP“- und „Stopp CETA“-Schildern empfangen hatte, hielt dieser dann eine mehr oder weniger gut gelaunte Rede, anstatt sich einer richtigen Diskussion zu stellen. „Tenor:

Wenn wir die Standards nicht setzen, macht es China...“. Danach diskutierte eine Runde mit Dr. Michael Efler, Bündnis Stopp Transatlantische Handels- und Investitionspartnerschaft (TTIP), Lutz Güllner, stellvertretender Referatsleiter Generaldirektion Außenhandel Europäische Kommission, Peter Sparding, Transatlantic Fellow German Marshall Fund und mir kontrovers zu den Vor- und Nachteilen von TTIP. Ich habe deutlich gemacht, dass Europa einer Einschränkung seiner Ernährungssouveränität zugunsten – egal welcher - bilateraler Handelsabkommen nicht zustimmen wird.

11.06.2015 - [9th IFOAM European Organic Congress, 11-13 June, Riga](#)



Beim 9. Europäischen Bio-Kongress der IFOAM EU habe ich auf vier verschiedenen Podien meinen Bericht zur EU-Ökoverordnung mit den über 150 Teilnehmern zur Diskussion gestellt. Es war gut, in Riga nochmal so offen mit den europäischen Vertretern des Ökolandbaus und der lettischen Ratspräsidentschaft zu sprechen. Dies hat sicher auch zu dem akzeptablen Kompromiss des Agrarrates am 16. Juni beigetragen, auf dessen Basis nun konstruktiv weiterverhandelt werden kann. Besonders beeindruckt

hat mich die Exkursion nach dem Kongress zu ausgewählten Bio-Projekten in Lettland. Ein aufbruchfreudiges Land mit viel Bio-Potential!

Pressemitteilung: [EU POLICIES SHOULD SUPPORT ORGANIC PRODUCTION AND CONSUMPTION!](#)

18.06.2015 – Brüssel. Vortrag Martin Häusling zur Auswirkung von TTIP auf Entwicklungsländer auf der [Lunch-Debate 'TTIP - Chances and Risks for Developing Countries'](#) (Landesvertretung Nordrhein-Westfalen in Brüssel)

An der Podiumsdiskussion nahmen neben mir auch Imme Scholz, stellvertretende Direktorin des Dt. Instituts für Entwicklungspolitik, Ruth Bergan, Koordinatorin des Trade Justice Movement und Mohamed Igueh Ofleh von der Ständigen Vertretung der Afrikanischen Union in Brüssel teil. Die Runde war sich einig, dass das Freihandelsabkommen in seiner derzeit bekannten Form vor allem nachteilige wirtschaftliche Auswirkungen auf Entwicklungsländer haben dürfte. Einstimmiges Fazit: Eine Wiederbelebung der multilateralen Verhandlungen in der WTO ist die beste Alternative zum geplanten Freihandelsabkommen zwischen der EU und den USA, um einen fairen, multi-lateralen Welthandel zu gewährleisten.

28.06.2015 - [Tagung "Bäume wachsen auch nicht in den Himmel](#) - Landwirtschaft jenseits von „Wachsen oder Weichen“, Akademie Hofgeismar
[Der Journalist Stephan Börnecke hat die Tagung begleitet und einen Überblick verfasst.](#)

29.06.2015 - Verleihung des Sepp-Daxenberger-Preises



Er war der Star der bayerischen Grünen. Fraktionsvorsitzender im Landtag, zwölf Jahre Bürgermeister in Waging am See. Biobauer und Schmied. Grüner Pionier und politischer Brückenbauer. Unter dem Motto „Verändern, um zu bewahren“ loben die bayerischen Grünen alle zwei Jahre den Sepp-Daxenberger-Preis aus. Der Preis soll an die Person und das Wirken des Grünen-Politikers Sepp Daxenberger

erinnern, der im August 2010 einer Krebserkrankung erlegen ist. Mit dem Preis werden Organisationen oder Einzelpersonen ausgezeichnet, die sich für den Erhalt unserer natürlichen Lebensgrundlagen einsetzen. Dieses Jahr wurde die [Biohennen-AG \(Film\)](#) ausgezeichnet und ich habe im Bayerischen Landtag als Laudator mit viel Freude den Preis übergeben.

10.07.15 in Fulda und Franken

Treffen mit AÖL in Fulda – Gespräch mit hessischen Verbänden zur Revision der Ökoverordnung ([Pressemitteilung der AÖL](#)).



In Mittelfranken mit Ruth Halbritter (Grüne Vorsitzende des KV Neustadt-Aisch) unterwegs: Landwirtschaft geht auch anders: Biologische Schweinehaltung auf dem [Krämerhof](#) bei Uffenheim



[BDM Milch-Abend auf dem Hutewaldfest in Emskirchen- Gunzendorf](#)

Terminvorschau:

03.09.2015 – Save the date: [Grünen Salon Kleinmachnow](#) - Hauptsache billig? Vom Wert des guten Essens , 14532 Kleinmachnow

18.09.2015 - Save the date - [Neue EU-Ökoverordnung - Gut für den Ökoaktionsplan?](#), Landtag Wiesbaden

17.09.2015 – Save the date – [Lunchdebate: EU-Umweltpolitik – Quo vadis?](#), in Brüssel, Hessische Landesvertretung

Kontakt und Impressum

Für Kontakte, Anregungen und Kommentare stehe ich und mein Team in Brüssel, Wiesbaden und Berlin Ihnen gern zur Verfügung: [Kontaktmöglichkeiten](#)

V.i.S.d.P. Martin Häusling (MdEP)